

PRESSEMITTEILUNG

Neue Gesetzgebung zu Konfliktmineralien

Eine vertane Chance für die Europäische Union

Am Donnerstag stimmte das Europäische Parlament über ein Gesetz zur verantwortungsvollen Beschaffung von Konfliktmineralien ab. Die Verordnung soll sicherstellen, dass Gewinne, die durch in die EU importierte Mineralien erzielt werden, keine Verletzung von Menschenrechten und bewaffneten Konflikte in der Welt finanzieren. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben bereits hervorgehoben, dass der lang diskutierte Text der Endversion weniger ambitioniert ist als der ursprünglich vom Parlament initiierte.

17.03.2017, Münster - 2010 verpflichtete sich die Europäische Union selbst, einen transparenten Raum zu schaffen für die Importeure der vier Mineralien Zinn, Wolfram, Tantal und Gold, aufgrund deren Verbindungen zur Finanzierung bewaffneter Konflikte und Menschenrechtsverletzungen in Exportländern wie der Demokratischen Republik Kongo (DRK). Allein in der DRK werden fast 98% des abgebauten Goldes illegal exportiert¹. Zum einen werden örtliche Regierungen ihres dringend benötigten Einkommens beraubt, zum anderen ist der illegale Handel mit diesen Mineralien auch eine bedeutende Einnahmequelle für bewaffnete Gruppen, die mehr als die Hälfte der kleinbergbaulichen Minen in dieser Region kontrollieren.

Ein notweniger europäischer Rahmen

Basierend auf den Sorgfaltspflichten der OECD Leitlinien beabsichtigte das Europäische Parlament, ein rechtlich verbindliches System einzuführen, das von europäischen Unternehmen fordert, beim Kauf von Konfliktmineralien die Einhaltung von Menschenrechten sicherzustellen. Der Entwurf sah vor, verpflichtend die ganze Lieferkette abzudecken, sowohl "Upstream" (Schmelzen, Raffinerien, Import von Mineralien und Rohstoffen) als auch "Downstream", d.h. verarbeitet in Endprodukten (Tablets, Autos). Trotzdem wurden nach langen Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat erhebliche Zugeständnisse an Unternehmen gemacht, die gesetzlich vorgeschriebene Sorgfaltspflichten ablehnen. Unter anderem sind Unternehmen von einer sogenannten Weißen Liste verantwortungsvoller Schmelzen und Raffinerien sowie Lieferungen unter einer bestimmten Mindestmenge ausgenommen und es gibt nur eine Selbstregulierung. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben diese Schwächen hervorgehoben²: "All das hinterlässt einen bitteren Geschmack, ein Gefühl von Halbwertigkeit" erklärt Axelle Fischer, Generalsekretär der NGO Justice and Peace „obwohl dies eine wichtige Initiative ist, haben wir den Eindruck, dass dieses Gesetz hinter den ursprünglichen, ambitionierten Zielen der Verordnung zurückbleibt.“

Die Chance auf einen integrativen Ansatz

Neben dem Fokus auf europäische Importeure, liefert der Text begleitende Maßnahmen in den Bereichen Diplomatie und technischen Zusammenarbeit. Laut Giuseppe Cioffo, Programm und Politikbeauftragter bei EurAc, das europäische Netzwerk für Zentralafrika gilt: „Wenn wir die Verbindung zwischen der Gewalt und dem illegalen Handel aufbrechen wollen, muss die EU ihren politischen Einfluss geltend machen und auf eine einheitliche Regierungsführung des Minensektors drängen, die Grassroot-Aktivist*innen, einschließlich der Zivilgesellschaft, beteiligt.“ Der NGO Sektor erwartet jetzt viel von der Europäischen Union, um eine wirksame Anwendung des Gesetzes sicherzustellen. Die Zivilgesellschaft wird von der EU nun auch fordern,

¹ http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_2014_42.pdf

² http://www.eurac-network.org/sites/default/files/conflict_minerals._the_eu_is_once_again_about_to_weaken_the_upcoming_regulation_-_eurac_-_10_november_2016.pdf

eine starke Position zu verbindlichen Unternehmens-Verordnungen, wie dem UN-Vertrag zu Wirtschaft und Menschenrechten, einzunehmen.

Hinter dieser Mitteilung (Englisches Original: <http://www.eurac-network.org/en/press-releases/new-legislation-conflict-minerals-missed-opportunity-european-union>) stehen über europäische und internationale NGO-Netzwerke mehr als 50 Organisationen.

1. Alboan
2. European Network for Central Africa - EurAc
3. CIDSE
4. Christliche Initiative Romero
5. Comisión General de Justicia y Paz de España
6. Commission Justice et Paix
7. DKA Austria
8. Instytut Globalnej Odpowiedzialności
9. Jesuit European Social Centre
10. Mainel
11. PowerShift
12. Red de Entidades para el Desarrollo Solidario – REDES
13. WSM – World solidarity
14. Stop Mad Mining





ökume
nisches
n e t z
zentral
afrika



DIE CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO e.V.

Die Christliche Initiative Romero (CIR) setzt sich seit 1981 für Arbeits- und Menschenrechte in Mittelamerika ein. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Unterstützung von Basisbewegungen und Organisationen in Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras sowie die Kampagnen- und Bildungsarbeit in Deutschland. Ziel ist, eine Brücke zwischen Ländern des Südens und Deutschland zu schlagen. Im Sinne ihres Namensgebers, des 1980 ermordeten salvadorianischen Erzbischofs Oscar Romero, setzt sich die Christliche Initiative Romero gegen Ungerechtigkeitsverhältnisse ein und ergreift Partei für die Armen.

PRESSE-KONTAKT:

Anna Backmann
Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
48155 Münster
Tel: 0251 – 67 44 13 21
E-Mail: backmann@ci-romero.de